



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
am 7. Dezember 2021
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Der Vorsitzende:

Stv. Rottloff

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:04 Uhr

Ende: 22:04 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten (DL Nrn. 33/21, 34/21, 36/21, 45/21, 49/21).

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass eine Bürgerfragestunde nicht stattfindet.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Anwesenheit:

Stv. Bohn wird von Stv. Kraft vertreten

Stv. Schild wird bis 18:05 (TOP I/2) von Stv. von Seemen vertreten

Stv. Schmitt wird von Stv. Sand vertreten

Stv. Oschmann anwesend bis TOP I/14 (21:00 Uhr)

Stv. Wilhelmy anwesend bis TOP I/14 (21:05 Uhr)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Tagesordnung vom 02.12.2021.

Öffentliche Sitzung

Tagesordnung I

0136 Tagesordnung

Die Beratung erfolgt gemäß der Empfehlungen des Ältestenausschusses:

- Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit zu Beginn wird diese nicht mehr angezweifelt.
- Auf namentliche Abstimmungen wird verzichtet.
- Die Abstimmung erfolgt nach Fraktionsstärke.

Die Tagesordnungspunkte I/7 bis I/9 werden gemeinsam beraten.

Die Tagesordnungspunkte I/15, I/16 und I/20 werden gemeinsam beraten.

Die Tagesordnungspunkte I/17 bis I/19 werden gemeinsam beraten.

Der Tagesordnungspunkt II/7 wird auf Antrag der Fraktion Die Linke auf die Tagesordnung I umgesetzt und nach dem Tagesordnungspunkt I/9 beraten.

Es erfolgt zuerst die Beschlussfassung zur Tagesordnung II (Punkte 1 und 3 bis 9).

Danach wird der Tagesordnungspunkt I/11 ohne Aussprache abgestimmt.

Die Beratungsreihenfolge danach ist wie folgt:

- Tagesordnungspunkte I/1 bis I/9
- Tagesordnungspunkt II/7
- Tagesordnungspunkt I/10
- Tagesordnungspunkte I/12 bis I/14
- Tagesordnungspunkte I/15, I/16 und I/20 gemeinsam
- Tagesordnungspunkte I/17 bis I/19 gemeinsam
- Tagesordnungspunkte I/21 bis I/22

Zu Tagesordnungspunkt I/2 liegt ein Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vor.

Zu Tagesordnungspunkt I/7 liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vor.

Zu Tagesordnungspunkt II/7 liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke vor.

Zu Tagesordnungspunkt II/4 liegt eine Protokollnotiz der CDU-Fraktion vor.

Zu Tagesordnungspunkt II/5 liegt eine Protokollnotiz der Volt-Fraktion vor.

Einstimmig genehmigt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0137 **Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 09.11.2021 und 18.11.2021**

Einstimmig genehmigt

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung:

0138 **21-F-22-0033**

Wirtschaft braucht Fläche
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 01.12.2021 -

Zu dem Punkt liegt ein Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vor (Beschlussfassung siehe Beschluss Nr. 0168 - Antrag 21-F-63-0065).

Der Antrag ist erledigt durch den Antrag 21-F-63-0065

0168 **21-F-63-0065**

Wirtschaft braucht Fläche
-Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/ Die Grünen, Volt und Die Linke vom 7.12.2021 zur TO I, Pkt. 2 (21-F22-0033 „Wirtschaft braucht Fläche“, Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 01.12.2021) für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 07. Dezember 2021

Die Fraktionen CDU und FDP treten dem Antrag bei.

Aus dem Antrag der Fraktionen CDU und FDP (Antragsnummer 21-F-22-0033) wird Ziffer 1 (unter „Der Magistrat wird gebeten,“) übernommen.

Einstimmig angenommen

0139 **21-F-69-0021**

Attraktivitätssteigerung der Wiesbadener Innenstadt
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 1.12.2021 -

Stv. Wilhelmy schlägt vor, in Ziffer 1 die Worte „ob er gedenkt“ zu ändern in „ob der Magistrat sich vorstellen kann,“

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis.,
Gesundheit am 7. Dezember 2021

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Prof. Dr. Luderschmidt beantragt das Ende der Redeliste - einstimmig angenommen

Stv. Tsiridis beantragt Ziffer 1 wie folgt zu ändern: „ob im Rahmen des Jahr des Wassers konkrete Umsetzungspläne für die genannten Bereiche umzusetzen sind, und wenn ja, welche,“

Abstimmung mit dem Änderungsantrag Stv. Tsiridis:

Gegen CDU, FDP, AfD und BLW/ULW/BIG abgelehnt

0140 21-F-69-0022

Umsetzungsstand der Beschlüsse Masterplan Innenstadt und Restart-City
- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 1.12.2021 -

Einstimmig angenommen

0141 21-F-63-0055

Heimatschatz

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.11.2021 -
- Überweisung aus dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 26.11.2021 -

Gegen AfD und BLW/ULW/BIG bei Enthaltung CDU, FDP und FW/Pro Auto angenommen

0142 21-F-63-0057

Ein „Social and Sustainability Startup-Hub“ für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.11.2021 -
- Überweisung aus dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 26.11.2021 -

Bei Enthaltung CDU, FDP, AfD und FW/Pro Auto angenommen

0143 21-V-05-0028

Sondernutzungsgebühr für Warenauslagen aussetzen

Es liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vor.

Protokollnotiz CDU und FDP:

Die Fraktionen von CDU & FDP unterstützen die Entlastung der Wiesbadener Gastronomen und Einzelhändler durch den Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren während der Corona-Pandemie und haben dies u.a. durch den gemeinsamen Antrag

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

„Sondernutzungsgebühren für den Wiesbadener Einzelhandel gerecht und einfach gestalten“ vom 11.05.2021 deutlich gemacht.

Zur rechtssicheren Umsetzung des Verzichts auf die Sondernutzungsgebühren gibt es in der heutigen Situation nur einen Weg: Eine zeitlich befristete Verankerung der Gebührenhöhe von 0 Euro in der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren in der Landeshauptstadt Wiesbaden (Sondernutzungssatzung).

Der Verzicht auf die Erhebung der Sondernutzungsgebühren durch formlose Beschlüsse von Magistrat und/oder Stadtverordnetenversammlung oder durch einseitige Erklärung einzelner Dezernenten war nur in der ersten Phase der Pandemie statthaft. Das jetzige Vorgehen der Mehrheitsfraktionen widerspricht aus Sicht der Fraktionen von CDU und FDP dem kommunalen Haushaltsrecht und ist vor Gerichten und der Kommunalaufsicht angreifbar. In diesem Falle droht den betroffenen Einzelhändlern eine Nachzahlung der Beträge.

Die Fraktionen von CDU und FDP fordern den Magistrat auf, eine entsprechende Änderung der Satzung auf den Weg zu bringen, um die Sondernutzungsgebühren für Einzelhändler und Gastronomen für die Dauer der Pandemie auszusetzen und stehen für die Sicherstellung notwendiger parlamentarischer Mehrheiten jederzeit bereit.“

Von verschiedenen Ausschussmitgliedern wird vorgeschlagen, dass der Magistrat bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2021 eine Sitzungsvorlage zur Satzungsänderung vorlegen soll.

Herr Bürgermeister Dr. Franz weist darauf hin, dass er die Frage mitnimmt, dass eine Satzungsänderung aber von dem Dezernat V (Stadtrat Kowol) erarbeitet und dem Rechtsamt zur Prüfung vorgelegt werden muss; eine Regelung könnte rückwirkend erfolgen.

Abstimmung des Ergänzungsantrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt:

Gegen CDU, FDP und AfD bei Enthaltung BLW/ULW/BIG angenommen

Abstimmung des Magistratsbeschlusses mit Ergänzungsantrag:

Gegen CDU und FDP bei Enthaltung AfD und BLW/ULW/BIG angenommen

0144 21-F-60-0002

Sondernutzungsgebühren für den Wiesbadener Einzelhandel gerecht und einfach gestalten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 11.05.2021-

- Beschluss Nr. 219 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2021 -

- Beschluss Nr. 118 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 09.11.2021 -

Der Punkt ist durch die Sitzungsvorlage 21-V-05-0028 erledigt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0145 21-F-74-0002

Alternativantrag zu den Anträgen Nr. 21-F-20-0036 "Zusätzliche Außengastronomie-
Flächen weiterhin ermöglichen" sowie Nr. 21-F-67-0017 "Langfristige Öffnung vermehrter
Außenflächen für die Gastronomie" der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 21.09.2021
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, VOLT und
BWL/ULW/BIG vom 21.09.2021 -
- Beschluss Nr. 119 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit vom 09.11.2021 -

Der Punkt ist durch die Sitzungsvorlage 21-V-05-0028 erledigt

Einstimmig

0146 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

Es erfolgt ein schriftlicher Bericht

Bereich Digitalisierung

0147 21-F-63-0027

Gesamtkonzept zur Digitalisierung der Stadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 24.11.2021 -
- Überweisung aus dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 24.11.2021 -

Der Punkt wird ohne Aussprache abgestimmt.

Einstimmig angenommen

0148 21-F-72-0002

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes für Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 30.06.2021 -

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Präsentation von Frau Lehnhardt (Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung)
wird zur Kenntnis genommen,

Stv. Schwalbach bittet darum, die Excel-Tabelle aus der Präsentation den Fraktionen zur
Verfügung zu stellen.

Stv. Kraft bittet darum, in der nächsten Sitzung etwas zur „Barrierefreiheit“ zu berichten.

Es wird festgelegt, dass künftig quartalsweise berichtet werden soll.

Kenntnisnahme

Bereich Gesundheit

0149 21-F-69-0020

Mobile Retter
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BWL/ULW/BIG vom 1.12.2021 -

Der Antrag gilt als eingebracht und wird im Sommer 2022 wieder aufgerufen.

Einstimmig angenommen

0150 21-F-63-0064

Sachstand zur Beschlussumsetzung Nr. 0008 vom 24.02.2021 (Überprüfung
Konsortialvertrag HSK) Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Familie und
Kinder (SGI) - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/ Die Grünen, Die Linke und Volt vom 29.11.2021 -

Die mündlichen Ausführungen von Frau Grimm (EGW) werden zur Kenntnis genommen.

Stv. Dr. Völker beantragt durch Aussprache erledigt:

Einstimmig angenommen

0151 21-A-83-0001

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

Kenntnisnahme

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis.,
Gesundheit am 7. Dezember 2021

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0152 21-V-53-0012

Gewinnung von weiterem medizinischem Personal zum Ausbau des städtischen
Impfangebots
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 547 vom 18.11.2021 -

Die mündlichen Berichte von Herrn Bürgermeister Dr. Franz und Frau Dr. Hirsekorn
(Gesundheitsamt) werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig - Kenntnisnahme

0153 21-F-55-0054

Flächendeckende Testmöglichkeiten schaffen
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 1.12.2021 -

Durch Aussprache erledigt

0154 21-F-10-0019

Einrichtung von zusätzlichen Teststellen in den Wiesbadener Stadtteilen
- Antrag der AfD-Fraktion vom 01.12.2021 -

Durch Aussprache erledigt

0155 21-F-66-0002

Sicherheit und Planbarkeit schaffen - Flächendeckendes Testangebot in Kitas einführen
- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Stadtv. Kienast und Stadtv. Wardak -
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 532 vom 18.11.2021 -

Die mündlichen Ausführungen von Frau Leß (Amt für soziale Arbeit) werden zur Kenntnis
genommen.

Stv. Prof. Dr. Luderschmidt beantragt durch Aussprache erledigt.

Gegen CDU und FDP bei Enthaltung Volt durch Aussprache erledigt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0156 21-V-53-0013

Erweiterung ÖGD Impfangebote; Umsetzung des Erlasses des HMSI vom 20. November 2021

Einstimmig angenommen

Stv. Schwalbach schlägt vor, die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit unter 3-G-Bedingungen durchzuführen.

Stv. Rottloff teilt mit, dass er dies im Rahmen seines Hausrechts anordnen wird, wenn dies zugelassen wird.

Bereich Allgemeines:

0157 21-F-20-0016

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -
- Festlegung weiteres Vorgehen (Termin und Experten/innen)

Als Termin wird der Montag der 07.03.2022 um 16.00 Uhr festgelegt.

Die Fraktionen können weitere Vorschläge bis zum 15.12.2021 bei dem Amt der Stadtverordnetenversammlung einreichen.

Fragestellungen für das Hearing können bis zum 15.01.2022 bei dem Amt der Stadtverordnetenversammlung abgegeben werden.

Einstimmig angenommen

0158 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

0159 21-F-20-0031

Industriebeirat für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 03.11.2021 -

Einstimmig angenommen

0160 21-F-20-0032

Umgang mit der Luca App

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 03.11.2021 -

Einstimmig angenommen

0161 21-F-22-0010

Die Geschichte Wiesbadens analog und digital erlebbar machen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 30.06.2021 -
- Bericht des Dezernates III vom 27.10.2021 -

Einstimmig angenommen

0162 21-F-80-0001

Legalisierung von Cannabis - Wiesbaden zur Modellstadt machen - Alternativantrag der
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Volt und Die Linke vom 21.09.2021 betr. Antrag
Nr. 21-F-55-0035 -

- Bericht des Dezernates II vom 18.11.2021 -

Protokollnotiz der CDU-Fraktion:

Die CDU-Fraktion stimmt mit Nein.

Gegen CDU angenommen

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

0163 **21-V-01-0016**

Smart City Wiesbaden - Implementierung eines zentralen Programmmanagements

Protokollnotiz der Volt-Fraktion:

Die Volt-Fraktion stimmt dem Tagesordnungspunkt zu und nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis. Die Fraktion weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Mittel aus dem Förderprogramm Smart City wirklich der Entwicklung einer Smarten City zugutekommen und einen Mehrwert für die Bürger*innen und die Digitalisierung der Stadt leisten sollen. Die Fraktion zweifelt an, dass Klangspiele einen Beitrag zur Smart City leisten. Zudem wird darauf verwiesen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Förderung der öffentlichen Ladeinfrastrukturen Gelder aus anderen Förderprogrammen zur Verfügung stehen und keine Gelder aus dem Smart City Programm hierfür verwendet werden sollten.

Einstimmig angenommen

0164 **21-V-02-8008**

Modifizierung Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprojekte

Einstimmig angenommen

0165 **21-V-02-8022**

Stadtfest und Fahrrad-Event 2022/2023

Es liegt ein Beschluss des Ausschusses für Mobilität als Tischvorlage vor.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Stv. Schild weist darauf hin, dass sie ihren Antrag zurückzieht und den Beschluss des Mobilitätsausschusses mittragen wird.

Die mündlichen Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Franz werden zur Kenntnis genommen.

Stv. Kraft beantragt, Ziffer 2.3 des Beschlusses des Mobilitätsausschusses wie folgt zu ändern:

Der Magistrat wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Radbüro, ein Konzept für das Fahrrad-Event vorzulegen.

Stv. Bonnet beantragt den Beschluss des Mobilitätsausschusses wie folgt zu ändern:

Ziffer 2.3 c wird neu Ziffer 2.3 a

Ziffer 2.3 b wird neu: Über das Konzept im nächsten Wirtschaftsausschuss zu berichten

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Wagenbach beantragt in 2.3 b die Wörter „zur Kenntnis“ zu berichten zu ergänzen.

Stv. Kraft beantragt das Ende der Redeliste - einstimmig angenommen

Nach weiterer Diskussion im Ausschuss wird folgende Formulierung zu Ziffer 2.3 zur Abstimmung gestellt:

- a) Das städtische Radbüro ist in die Konzepterstellung und weitere Vorbereitung einzubeziehen.
- b) Der Magistrat wird gebeten, das Konzept danach dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit zur Kenntnis vorzustellen.

Stv. Wagenbach beantragt die getrennte Abstimmung der Ziffern 2.3 (geändert) und 2.4 (wie Mobilitätsausschuss).

Ziffer 2.3: Gegen CDU, FDP und AfD bei Enthaltung FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG angenommen

Ziffer 2.4: Bei Enthaltung FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG angenommen

Magistratsbeschluss mit den Ziffern 2.3 (geändert) und 2.4 (wie Mobilitätsausschuss):

Gegen CDU, FDP und AfD bei Enthaltung FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG angenommen

Protokollnotiz der Fraktionen CDU und FDP:

Die Fraktionen CDU und FDP begrüßen die Initiative des zuständigen Dezernenten und der Wirtschaftsförderung, weshalb der ursprünglichen Fassung zugestimmt wird. Die geänderten Fassungen des Mobilitätsausschusses und des Wirtschaftsausschusses werden jedoch abgelehnt. Es handelt sich bei der ursprünglichen Vorlage „Bike Experience Days (Arbeitstitel)“ um eine wirtschaftsfördernde Maßnahme, die im kommenden Jahr bereits umgesetzt werden sollte, was bei einer gemeinsamen Konzeption und Vorbereitung mit dem städtischen Radbüro und einer erneuten Vorlage im Ausschuss voraussichtlich nicht möglich sein wird.

0166 **21-V-05-0033**

Förderprogramm Lebendige Zentren - Fußgängerzone Gerichtsstraße (Grundsatzvorlage)

Einstimmig angenommen

0167 **21-V-53-0008**

Abschlussbericht Abwasser-Monitoring SARS-CoV-2

Einstimmig angenommen

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis.,
Gesundheit am 7. Dezember 2021

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, 16.12.2021

Vorsitzender

Schriftführer

Rottloff

Morbe